

Er scheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
A. Herter, Industriehalle
Riesbach-Zürich
Verfassungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Preise
nach der Schweiz 10 Pf.
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Wierteljahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3.— für Deutschland (Gouvert)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Gouvert)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserte
Die dreigespaltene Beilage
25 Cts. — 20 Pfg.

N. 8.

Sonntag, 23. November.

1879.

AVIS an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezug verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Nachlässigkeit verkannt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu fassen. Hauptforderung ist hierzu einzusetzen, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreich wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt, anderseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Rekommandation. Somit an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Sozialistischer Arbeiterkongress zu Marseille.

IV.

Die siebente Sitzung (26. Oktober) beschäftigt sich mit der fundamentalen Frage des Lohnwesens, deren wichtige prinzipielle Seite jedoch leider so ziemlich am schwächsten behandelt wird. Außer der Aufzählung der traurigen praktischen Konsequenzen dieser Institution kommt nicht viel mehr als allgemeine Phrasen zum Vorschein, was uns von der wissenschaftlich sozialistischen Bildung der Kongressmitglieder ein sehr wenig schmeichelhaftes Bild gibt.

Zu Beginn der Sitzung ereignet sich ein Zwischenfall, indem der Antrag des Bürger Faucher, den inhaftierten Geranten des Pariser Arbeiterblattes „Proletaire“ zu unterstützen, lebhafteste Proteste und Zwischenrufe hervorruft. Das genannte Blatt ist nämlich einem Theil der französischen Arbeiter wegen angeblicher Verbindungen mit der Regierung verdächtig, ohne daß bis jetzt nähere Anhaltspunkte oder doch Beweise für diesen Argwohn gewonnen zu sein scheinen. Am Schluß der Sitzung wird indessen nach eindringlicher Aufforderung des Vorsitzenden zur Ruhe die Unterstützung doch mit großer Mehrheit gewährt.

Nachdem die Bürger Farinier über die Lage der Bergarbeiter, Pilaire-Barthelemy über die der Fabrikarbeiter und namentlich die Nacharbeit derselben und Chapuis über die Lage der Matrosen und deren Dienst- und Lohnverhältnisse referirt, stellt Bürger Lombard nach einigen prinzipiellen Ausführungen über das Wesen der Lohnfrage und nachdem er nachgewiesen, daß der Krebsbissen des Lohnwesens nur durch eine wirksame Organisation der ganzen arbeitenden Klasse erfolgreich angegriffen werden könne, den Antrag: als dinglich die Konstituierung einer großen Arbeiterpartei in Frankreich anzuerkennen und dazu alle französischen Proletarier einzuladen, auf daß man vereint zur Eroberung der wirtschaftlichen Rechte, zur Abschaffung des Salariats und zum Kriege der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie ausziehe, indem die Lösung dieser Frage allein und definitiv den Sieg der Revolution sichern könne!

Diesem mit lebhaften Beifallsbezeugungen angenommenen Antrag folgten noch einige Ausführungen der Bürger Milloud und Lefebvre über die Strikes, ihre Geschichte seit 1848 und den Nutzen, den sie der Arbeiterschaft gebracht.

In der achten Sitzung kam die Frage der direkten Vertretung des Proletariats in den Wahlkörpern, sowie die Bildung einer gesonderten Arbeiterpartei zur Beratung, oder richtiger: diese Fragen sammt ihren Einzelheiten standen auf der Tagesordnung. Denn in Wirklichkeit wurde fast ausschließlich die Frage der parlamentarischen Vertretung behandelt, während bezeichnender Weise die der Bildung einer geschlossenen Arbeiterpartei, welche doch die notwendige Voraussetzung einer wirklichen Vertretung des Proletariats in den Wahlkörpern ist, so lässig unberührt gelassen wurde. Allerdings hatten schon in den vorausgehenden Sitzungen verschiedene Redner die Nothwendigkeit der Bildung einer Arbeiterpartei betont und schließlich wurde auch eine dahin gehende Resolution

angenommen; allein damit ist es noch nicht gethan, und die Verhandlungen des Kongresses haben im Allgemeinen gezeigt, daß das französische Proletariat trotz aller gemachten Erfahrungen noch keineswegs seine Interessen hinreichend begriffen und jenen Grad prinzipieller Entwicklung erreicht hat, welcher zum selbstständigen und zielbewußten Eintritt ins politische Parteeleben erforderlich ist. Wir brauchen natürlich nicht erst zu versichern, daß diese Unreife für eine Parteibildung wesentlich verschieden ist von der angeblichen Unreife der französischen Arbeiter zur Theilnahme am parlamentarischen Leben überhaupt, welche der Vgr. Garmy in ächter Bourgeoismanier behauptete.

Dagegen plädiert Vgr. Vestery lebhaft für Herstellung einer Vertretung des Proletariats in Senat und Kammer, sowie in den General-Departements- und Gemeinderäthen, die alle heute ausschließlich von Advokaten, Fabrikanten, großen Grundbesitzern und ähnlichen reichen Leuten angefüllt seien, die dem Volk gleich dem „Hohepriester des Opportunismus“ (Gambetta) vor den Wahlen läugerliche Versprechungen machten, um dieselben dann im Besitz der Gewalt mit Füßen zu treten. Aus diesem Grunde müßten die Vertreter auch einfache Beauftragte sein, welche von ihren Wählern jeden Augenblick wieder abberufen werden könnten.

Nachdem der schon oben erwähnte Vgr. Garmy gesprochen und Vgr. Bachier demselben energisch entgegengetreten, beantragte Vgr. Salomon die Einziehung eines sozialistischen Zentralkomitees zur Vorbereitung und Organisation der nächsten Wahlen im Sinne des Proletariats. Dieser Antrag wurde von Vgr. Fournière unterstützt, der die Arbeiter aufforderte, nicht nur vor den Opportunisten, sondern nicht minder auch vor den ebenso zweideutigen Radikalen auf der Hut zu sein (er weist auf Victor Hugo hin, der im Juni 1848 an der Spitze eines „Ordnungsbataillons“ gegen das insurgirte Volk von Paris marschirte, und namentlich auf Louis Blanc, der es 1871 mit den Heulern der Kommune gehalten, indem er dem Dankvotum für Thiers und die Befieger der Kommune beigepflichtet und in einem Brief an den „Figaro“ die Kommunarden als Räuber, Brandstifter und Mörder bezeichnet habe und es erst jetzt wieder vortheilhaft finde, sich als gewaltigen Sozialisten aufzuspielen. Als Redner den bekannten jüngsten Empfang Blanc's in Marseille, bei welchem Blanc von seinen enthusiastischen Verehrern die Fährde ausgepannt worden waren, eine Schande für Marseille nennt, wird er von einem Theil der Delegirten, welcher schon verschiedentlich sein Mißfallen über die gegen die Führer der äußersten Linken geschleuderten Anklagen geäußert hat, lebhaft unterbrochen und es entsteht eine solche Aufregung, daß die Sitzung unterbrochen werden muß. Indes läßt sich Redner dadurch keineswegs einschüchtern, fährt vielmehr in seinen Anklagen fort und wendet sich auch gegen den „Arbeiteremator“ Tolain und den Abgeordneten Martin Radaud, die er als Verräther an der Arbeiterschaft kennzeichnet.

Man kann ja darüber verschiedener Meinung sein, ob es praktisch ist, gerade jetzt, wo die französische Arbeiterbewegung selbst noch soviel Uneinigkeit und Unklarheit und ein Goutheil Mangel politischen Verständnisses zeigt; wo ihre Feinde so zahlreich sind, daß sie sich solche nicht noch vertra zu suchen braucht; und wo sie in der Zeit des Uebergangs zum bewußten Sozialismus solche Leute wie Louis Blanc immerhin noch einiger-

maßen benutzen kann, ohne sich dadurch gegen dieselben selbst etwas zu vergeben: man kann, wie gesagt, zweifeln, ob es politisch war, diese Dinge schon jetzt auf's Tapet zu bringen. Aber nachdem sie einmal ausgesprochen waren, kann es nur als erfreulich begrüßt werden, daß die Abstimmung zeigte, daß das Häuflein der Bewunderer Louis Blanc's und Seinesgleichen im Kongress nur klein (34 Stimmen) war, während die überwiegende Mehrheit (76 Stimmen) die Rolle der genannten Männer in der französischen Arbeiterbewegung und die Nothwendigkeit der vollkommenen Emanzipation der Arbeiter von jeder andern Partei richtiger zu schätzen wußte und sich im großen Ganzen mit Fournière, einem der fortgeschrittensten Pariser Sozialisten, vollkommen einverstanden erklärte.

In diesem Sinne sprachen sich auch die Bürger Cinquin, Dauthier, Routtet, Reunier, Frazier, Roche, Gas, Chartier und Vic aus, welche ebenso sämmtlich für Schaffung einer parlamentarischen Vertretung des Proletariats eintraten.

Ueber die wichtige Frage des Eigenthums ward in der neunten Sitzung zwar keineswegs Neues und auch das Alte nicht immer klar vorgebracht, aber es ist immerhin von zweifellosem Werth, daß zum ersten Mal in der neueren französischen Bewegung der Kollektivismus nicht nur von einem Einzelnen, sondern von zahlreichen Rednern offen und ohne Einschränkung proklamirt worden ist, ohne allgemeinen Widerspruch und Empörung hervorzurufen. Es ist noch nicht lange her, daß derlei auf französischem Boden unmöglich hätte laut ausgesprochen werden können, während heute trotz aller Heberei der reaktionären Presse das Schreckgespenst der allgemeinen Theilerei gar nicht so recht mehr seine Schuldigkeit thun will. Und wenn erst der Schrecken einmal verschwunden ist, dann sieht man sich den Popanz auch bald näher an, findet Manches gar nicht so übel und gewöhnt sich vor Allem allmähig an ihn und das Weitere wird sich dann schon mit der Zeit finden!

Eingeleitet wurde die Debatte durch Vgr. Fournière, welcher es für die Pflicht des Kongresses hält, zu dieser wichtigen Frage energisch Stellung zu nehmen und ein für allemal die Parole: das Arbeitinstrument der Arbeiter, der Boden dem Bauer — auszugeben. Varet vindicirt den Besitz von Grund und Boden den Gemeinden. Fauché bekämpft lebhaft das individuelle Eigenthum und greift den Positivismus an, welcher in dieser Frage vollkommen reaktionär sei. — Finance (bekanntlich Positivist) wendet sich dagegen wider den Kollektivismus, indem er die alten Phrasen für das Privateigenthum: die Nothwendigkeit desselben für die „Unabhängigkeit und Würde“ des Bürgers (!) u. wiederholt, und pathetisch erklärt, lieber in der ärmlichsten Hütte bei sich zu Hause wohnen wollen, als in den Kollektivbehäufungen, die den Kasernen gleichen. Er glaubt, daß die Arbeiter rascher vorankämen durch die Erziehung, durch Wissenschaft und „moralische Haltung“ als durch die Revolution! — Lombard erwidert ihm, daß es sich gar nicht um die (gewaltthätige) Revolution als ein Prinzip handle, sondern daß dieselbe lediglich ein Mittel sei, zu dem die Arbeiter nur dann griffen, wenn es ihnen von der herrschenden Klasse aufgezwungen werde, und begründet dann

Bücherschau.

„Geschichte und Theorie der Pariser revolutionären Kommune des Jahres 1871“, so betitelt sich ein 412 Seiten starkes Buch, das Herr Bernhard Becker, „der ehemalige Präsident des Allg. deutschen Arbeiter-Vereins“, kürzlich im Verlag von Otto Wigand, Leipzig, erscheinen ließ.

Das öffentliche Erscheinen eines Werkes über die Kommune unter den gegenwärtigen Umständen in Deutschland schließt von vornherein die Vermuthung aus, daß dasselbe auch nur entfernt eine Verteidigung oder Rechtfertigung der Pariser Kommune enthalten kann. Ist aber, wie in dem vorliegenden Falle, der Verfasser gar ein bekannter früherer Sozialist, so läßt die bloße Thatsache der Veröffentlichung nur den einen Schluß zu: daß ein solches Werk nur zur Befämpfung und Herabwürdigung des geschichtlichen Ereignisses, mit dem es sich befaßt, geschrieben sein kann, weil sonst sein Erscheinen unmöglich wäre. Es bedurfte also gar nicht erst der öffentlichen Versicherung des national-liberalen Verlegers, Herrn Otto Wigand, „daß das Werk vor dem Verbot auf Grund des Sozialistengesetzes geschützt sei“, um bei jedem mit unsern Zuständen Vertrauten den Gedanken hervorzurufen: das kann kein Geschichtswerk, das kann nur eine Anklagechrift, wenn es nichts Schlimmeres ist, sein.

Und das Letztere ist es in der That. Wenn der Leser eine Auslese von sämtlichen Schimpfwörtern und Verleumdungen, welche in der Zeit des „heiligen Krieges“ und kurz darnach von fanatisirten national-liberalen Zeitungsschreibern gegen die Franzosen im Allgemeinen und die Pariser und die Kommune insbesondere geschleudert worden sind, vornimmt und aneinanderreißt,

dann bekommt er ungefähr das, was Herr Bernhard Becker in der ihn auszeichnenden Bescheidenheit ein „unparteiisches Geschichtswerk“ nennt. Herr Becker versichert, keiner Partei zu dienen. Dies ist jedenfalls insofern richtig, als er der sozialistischen sicher nicht dient; wohl aber dient er den Feinden des Sozialismus. Ob freiwillig oder für Geld, bleibe dahingestellt. Jedenfalls hätte Herr Becker das Geld, das er mit seiner Schrift verdient, nicht bekommen, wenn sie nicht so wäre, wie sie ist: ein Pamphlet und eine Schandchrift gegen die Sozialisten und die Kommune.

Um nicht mißverstanden zu werden, müssen wir erklären, daß wir von einem Geschichtsschreiber der Kommune keine Lobhudelei derselben verlangen; damit kann den Sozialisten zu allerletzt gedient sein. Keine Partei hat mehr wie die sozialistische die Pflicht, gegen sich selbst streng zu sein, die begangenen Fehler und vorhandenen Mängel ohne Scheu aufzudecken und kritisch zu beleuchten, und daraus für die Zukunft ihre Lehren zu ziehen. Und schließlich wird kein Sozialist leugnen, daß die Kommune ihre großen Mängel gehabt und schwere Fehler begangen hat. Eine unparteiische, oder was dasselbe ist, objektive Geschichtsschreibung muß die Ursachen darlegen, denen eine Bewegung ihre Entstehung verdankt; sie muß nachweisen nicht bloß, daß sie, sondern auch warum sie Mängel besaß und Fehler machte, und sie muß das, was in der Bewegung geschah, aus und unter den Umständen, in denen sie existirte, zu erklären suchen, nicht aber einen ganz unmöglichen Standpunkt einnehmen, von dem aus sie urtheilt.

Voll alle diesem ist bei Herrn Bernhard Becker's „Geschichte und Theorie der Pariser revolutionären Kommune“ keine Rede,

und wer Herrn Bernhard Becker's Person und seine früheren Arbeiten kennt, wird dies auch nicht erwartet haben. Herrn Bernhard Becker mangelt total die höhere geschichtliche Auffassung, wogegen er in hohem Grade die Neigung zu Krakehl und Skandal und zum Wählen im Schmutz besitzt, den er sich schafft, wenn er ihn nicht findet. Daneben leidet er am Größenwahn. Es gibt in der ganzen sozialistischen Partei, wie sie war und wie sie ist, nur einen einzigen großen Mann, und dieser große Mann ist — er selbst! Daher ist denn auch Alles flach, elend und verpufft, das Herr Bernhard Becker nicht selbst gemacht, und da die Pariser Kommune den großen Fehler begangen, zu entstehen, ohne ihn zu fragen, so ist sie schon allein durch diese einzige Thatsache in seinen Augen gerichtet.

Eine andere üble Eigenschaft, mit der Herr Bernhard Becker behaftet ist, und die in seinem Pamphlet oft in drastischer Weise hervortritt, ist sein Nationalitätsdünkel; er, der den Franzosen insgesammt und den Kommunarden insbesondere maßlosen Nationalitätsdünkel und gänzliche Verkommenheit vorwirft, sieht in den Deutschen das erste Volk der Welt, das die Führerrolle zu übernehmen hat, wasmaßen ihm das deutsche Reich ungemein sympathisch ist.

Endlich ist noch ein Umstand, wegen dem wir Herrn Bernhard Becker persönlich anfasseln müssen. Nicht bloß an einer Stelle, nein, in mehr als an einem halben Dutzend Stellen seiner Schrift wird den Pariser Arbeitern nachgesagt, daß sie läberliche, verstoffene und verkommene Subjekte seien, die nur in Schwelgerei und Wollust dahin gelebt und allen sittlichen Gehaltes baar seien. Solche Gemeinheiten werden Tausenden braver Männer nachgesagt, die für ihre Ueberzeugungen ihr Leben eingesetzt, und

die Notwendigkeit des Kollektiveigentums aller Kapitalien eingehend. Von großer Unklarheit zeugt dagegen der Schluß seiner Rede, in welchem er meint, daß die Umwandlung des Eigentums an Land, Fabriken, Minen, Eisenbahnen, Werkstätten etc. in den Gemeinbesitz auf dem Wege der föderierten Gemeinden angestrebt werden solle, während man es jeder der letztern anheimstelle, sich auf den friedlichen oder auf den revolutionären Standpunkt zu stellen, je nach Temperament, Sitten und Umständen. (1)

Im Sinne des Kollektivismus sprechen sich dann noch verschiedene Redner, so die Hrn. Graves, Bernard und Roche aus.

Schwäbische Zustände.

K. aus Schwaben, im November. Allen jenen gesinnungstüchtigen Arbeiterführern und Ordnungsmännern, die es bei den durch die Sozialdemokratie „aufgehörten“ Arbeiten nicht mehr anhalten können, ist dringend anzurathen, daß sie sich in das sagenberühmte Schwabenland zurückziehen; denn, wenn irgendwo, so ist hier noch das Eldorado der „Ordnung“! Außer in Stuttgart und einigen wenigen Fabrikdistrikten kennt man die Sozialdemokratie hier kaum vom Hörsingen. Dabei glaube man nicht, daß die ärmere Bevölkerung es hier irgendwie besser hat als sonstwo um Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte. Im Gegentheil dürfte speziell der ländliche Arbeiter hier schlimmer daran sein, als in manchen anderen Gegenden, und wohin man blickt, gibt es auch hier Bettel und Hunger und Elend übergenug. Und woher kommt es, daß trotz alledem im Volke so wenig Unzufriedenheit herrscht? Die Antwort darauf ist leicht, wenn man die hiesigen Verhältnisse kennt. Zum weitläufigsten Theile ist es der Einfluß der Kirche und der von ihr völlig beherrschten Schule, welche die arme Bevölkerung bei allem Elend in Ruhe und beschämender Zufriedenheit erhalten.

Die Kirche nimmt hier nämlich noch eine ganz mittelalterliche Stellung ein, ihr Einfluß reicht noch bis in die niedrigste Stätte, und sie hat es fertig gebracht, das Volk so zu verdammen, daß es gar nicht mehr begreifen kann, wie es anders werden könne, ja daß es das Denken überhaupt schon völlig verlernt hat. Wenn auch der hiesige Arbeiter mit Weib und Kind oft in seinem Leben kaum etwas anderes hat, als Kartoffeln, Brod und dünnen Most, so geht er doch am Sonntag, in die Kirche, dankt seinem von der Regierung verordneten Nationalgott dafür und gibt die Pfennige für die sich lieber einmal Fleisch kaufen sollte, für die äußere oder innere Mission. Die Folgen einer solchen Lebensweise bleiben denn auch nicht aus, sie geben vielmehr sichtbar herum in einer übergroßen Anzahl von Mißbräuchen, die es in den sog. untern Ständen hier zu Lande gibt. Was ist auch wohl natürlicher, als daß geistig verdimunte und hungernde Eltern auch körperlich und geistig verkrüppelte Kinder erzeugen? Hier kann man recht deutlich erkennen, wie es unsere Konfessionen meinen, wenn sie das Volk mit Religion vom Sozialismus befreien und glücklich machen wollen. Dieses „Glück“ besteht in „Zufriedenheit“, erzeugt durch konsequent fortgesetzte geistige Verdimmung, und in der Hoffnung auf das bessere Jenseits, von der noch niemand satt geworden sein soll.

Wozu man nun weiter, wie es z. B. die Kirche hier im neunzehnten Jahrhundert noch solchen Einfluß entwickeln kann, so hat auch das seine ganz natürliche Ursache. In Württemberg existiren nämlich seit circa 100 Jahren die sogenannten Seminare, d. h. Vorbildungsanstalten für Theologen, in denen diese bis zur Universität gebracht werden. In diese Seminare werden jährlich von Vielen, die sich melden, etwa 40 Zöglinge, die von Allen das beste Examen gemacht haben, aufgenommen, und man sieht sofort, daß auf diese Weise hier niemals, wie anderwärts, z. B. im Rheinlande, Mangel an Pfaffen eintreten kann. Die Sache ist nämlich für geizige und geizarme Eltern sehr verlockend, da die jungen Leute nicht nur vier Jahre bis zur Universität, sondern auch auf dieser selbst noch völlig auf Kosten des Staates erhalten werden. Der бедere Schwabe ist sehr stolz auf diese Seminare und rühmt es besonders, daß in dieselben Jeder ohne Unterschied des Standes und Vermögens aufgenommen wird. Dabei vergißt der gute Mann nur zweierlei: erstens, daß diese Freigebigkeit des Staates nur einer Fiktion, der Theologie, zu gute kommt, und zweitens, daß Jeder, der aufgenommen sein will, das sogenannte Landesexamen vorher machen muß. Bei diesem Examen wird ungefähr die Hälfte für die Tertie eines Gymnasiums vorausgesetzt, und derjenige Vater, der das Geld nicht hat, seinen Sohn soweit auf eigene Kosten unterrichten zu lassen, kann ihn also auch nicht in das Seminar bringen. Man findet denn auch, wenn man die Listen der jährlich aufgenommenen 40 durchliest, meist nur Söhne von Geistlichen, Gymnasiallehrern oder sonstigen hiesigen Staatsbeamten darin. Söhne von Volksschullehrern kommen schon seltener dazu, Söhne von armen Leuten aber fast niemals. Wir haben also auch hier, wo angeblich Jeder aufgenommen werden kann, den Klassenstaat von seiner häßlichsten Seite.

Nun beachte man aber die weiteren Folgen dieser Einrichtung: indem fast nur Söhne von Beamten und Studiren in die Seminare aufgenommen werden und diese bis zur Beendigung des Universitätsstudiums zusammen bleiben, entsteht unter den jungen Leuten eine Art von geistlichem Hochmuth und ein Kostengeist, der später im Amt sich erst recht entfaltet und überhaupt das württembergische Beamtenhumor in widerlichster Weise auszeichnet. Dazu kommt dann die Art und Weise, wie die jungen Leute „gebildet“ werden. Religion ist ja natürlich die Hauptsache, aber daneben erhalten sie unter dem Namen von andern Fächern thatsächlich auch nur wieder Religionsunterricht. So wird in der Geschichte immer nur der bekannte Finger Gottes nachgewiesen, im Griechischen hauptsächlich das neue Testament traktirt etc. Die Naturwissenschaften werden dagegen möglichst vernachlässigt.

Durch diese heinohe preussische Dressur bringt man die Leute dann entweder dahin, daß sie wirklich selber an die Dogmen des Christenthums glauben, oder man macht die wenigen wirklich Begabten und selbstständig

Denkenden unter ihnen zu Heuschrecken. In welcher, die Künste der Jesuiten noch überragenden Weise man es versteht, in diesen Seminaren die Gehirne der Jünglinge zu verkleinern, dafür liefert der besten Beweis einer der wenigen ehemaligen Seminaristen, die sich von der geistigen Verdimmung der Seminare freizumachen versucht haben. — wir meinen David Strauß. Es ist unzweifelhaft noch eine Nachwirkung der Seminarbildung, die er selbst aufs Bestimmteste angegriffen hat, wenn er — der „Wissenschaft“ über Republik und Sozialismus urtheilt, wie ein Schuljunge, der getreulich nachplappert, was ihm eingepaukt ist. Zum Abschied hat Strauß sich durchgerungen trotz Seminar, aber die Konsequenzen des Atheismus hat er nicht mehr zu ziehen vermocht, dazu ist er eben doch schon zu sehr Produkt der Seminarerziehung gewesen. Jeder unbefangene Leser von „Der alte und der neue Glaube“, der den Bildungsgang von Strauß nicht kennt, wird die Inkonsistenz des Mannes unerklärlich finden, mit der er die überhöchliche Autorität, die er eben dem Gotte gerahmt hat, geradezu mit dürren Worten auf die Monarchie, auf Könige und Fürsten wieder überträgt. Und man wird es nur verstehen, wenn man es als Seminarerziehung auffaßt, daß er das ideale, den Glauben an ein Fortleben nach dem Tode völlig erlösende Element im Sozialismus so gänzlich übersehen und verkannt, als er nach einem Erfolge für den verloren gegangenen Gostesglauben suchte. Daher kommt er denn zu dem ärztlichen Erfolge, den er in Kunstgenüssen für die Gebildeten findet; um die großen Massen, die keine Kunstgenüsse haben kann, kümmert er sich nicht, und davon, daß im Sozialismus schon der neue Heiland erschienen ist, der an die Stelle des gestürzten Christenthums die Lehre vom großen Worte der Einzeleristenz ohne Religion im Dienste der Gesamtheit setzt, davon hat er keine Ahnung. Wenn also sogar bei einem solchen Manne die Nachwirkung der Seminarerziehung noch in seinen Ver Schrobenheiten nachweisbar ist, was muß dieselbe da erst aus anderen weniger widerstandsfähigen und begabten Menschen machen!

Erwägt man dies alles, so wird man das System begreifen, nach welchem hier verfahren wird. Zunächst sorgt man auf dem gekennzeichneten Wege immer für eine hinreichende Menge von Theologen und zwar durch eine Art von Inzucht, indem man dieselben fast durchweg aus den besten und bestgeeigneten Beamtenfamilien erhält. Dadurch und durch das enge Zusammenleben pflanzt man den jungen Leuten den nöthigen Körpergeist ein und dressirt sie nebenher in so geschickter Weise, daß sie tüchtig und brauchbar werden, dem Volke die notwendige Portion von Zufriedenheit im Elend und von Dummheit — trotz der immer mehr um sich greifenden Aufklärung — beizubringen.

Und so erklärt es sich denn, wie man es bis heute möglich gemacht hat, sich des Sozialismus zu erwehren.

Eine andere Frage ist es aber, ob man das auch für die Zukunft noch können wird. Denn auch hier sind schließlich dieselben ökonomischen Vorbedingungen gegeben, wie anderswo, — die alten Genossen stehen auch hier so fest zur Fahne, wie überall, und auch dem Dummken müssen schließlich die Augen aufgehen, wenn er sieht, daß der liebe Gott zwar auf das Gebet eines schwäbischen Prälaten den Deutschen Sieg über die Franzosen verleiht, daß aber alles Beten nicht hinreicht, den Hungrigen und Darbenden trotz schwerer Arbeit ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen.

Auch hier bedarf es somit nur des Anstoßes um die trägen Massen in Fluß zu bringen und daß dieser Anstoß von innen oder von außen her in nicht allzu langer Zeit erfolgen muß, daran zweifelt wohl niemand, der die Zeichen der Zeit zu beurtheilen versteht. —

Sozialpolitische Rundschau.

Daß in Deutschland nicht nur die sozialistische Partei täglich wächst, sondern daß ebenso und fast noch rascher und wirksamer, wenn auch Vielen unbewußt, die Grundsätze des Sozialismus immer größeren Einfluß auf das Gesellschafts- und Staatsleben gewinnen, haben erst die jüngsten Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses sowie einige damit im ursächlichen Zusammenhang stehende Regierungsmassnahmen gezeigt. Den Beratungen des Landtags unterliegt gegenwärtig das Projekt der Regierung betreffend die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Daß diesem Projekt eben so sehr ein sozialistischer Gedanke zu Grunde liegt, wie dem Tabakmonopol möge uns die Schale, in welcher sich um der Kern präsentirt, auch noch so wenig sympathisch sein —, daß jeder dieser Gesetzesvorschläge im Prinzip eine theilweise Verwirklichung des sozialistischen Programms bedeute, welche um so tiefgreifender ist, als sie notwendig wieder weitere Veränderungen im Sinne des Sozialismus nach sich zieht — darüber wird bei keinem Sozialisten ein Zweifel herrschen.

Die Vertreter des unverfälschten Manchesterthums in der Eisenbahnbehalte, die fortschrittlichen Abgeordneten Virchow und Eugen Richter, hatten deshalb vollkommen Recht, wenn sie auf den sozialistischen, auf den „revolutionären“ Gedanken der Eisenbahnvorlage hinwiesen. Ramentlich wies Richter nach, wie sich der unbewußt sozialistische Charakter, welcher dem Projekt eines zentralisirten Staatsbahnsystems untrennbar anhafte, besonders deutlich in den Motiven zum Eisenbahngesetzentwurf zeige, in welchem derselbe zum Theil in einer scharfen Ausdruck gefunden, daß man zuweilen „eher eine sozialistische Kritik des ganzen bestehenden Wirtschaftssystems, als die Denkschrift einer Regierung vor sich zu haben glaube, deren Bestehen doch die

*) Nach einem Ausspruch des Königs von Württemberg.

Existenz dieses selbst Wirtschaftssystems zur notwendigen Voraussetzung habe.“ Es fehle nicht an in absoluter Form aufgestellten Behauptungen, welche für die Regierung die Rolle einer Art von Vorrede in wirtschaftlichen Dingen in Anspruch nehmen. So werde dem Staate allgemein die Sorge für die geistliche Entwicklung und Gestaltung des inländischen Verkehrs zugeschrieben. An anderer Stelle werde ausgeführt, daß für die Ausführung der Eisenbahn-Unternehmungen das Nationalkapital in einem Maße in Anspruch genommen werde, welches dem Staate die Fürsorge für eine plan- und zweckmäßige Verwendung zur unerlässlichen Pflicht mache, „damit das Kapital des Landes nur dort Verwendung finde, wo es befruchtend zu wirken vermag und damit das Nöthige und Nützliche mit den geringsten Opfern und ohne wirtschaftliche Verschwendung erreicht werde“. Wenn in dieser Weise der Umfang der Kapitalverwendung zum Maßstab für die dem Staate obliegenden Pflichten gemacht werden solle, so würde „allerdings kein Halt mehr auf der schiefen Ebene zur Alles absorbirenden Staatswirtschaft“ zu finden sein. Denn wie groß auch das in den Eisenbahnen angelegte Kapital sein möge, so sei es doch nur gering im Vergleich zu dem Kapital, welches z. B. in der gesammten industriellen Produktion des Landes angelegt sei. Hier erst recht hätte also der Staat die Pflicht, darüber zu wachen, „daß das Nöthige und Nützliche mit den geringsten Opfern und ohne wirtschaftliche Verschwendung erreicht werde“. Diese Vorstellungen von Staatsmacht und Staatsweisheit seien dem Sozialismus näher verwandt, als sich die Träger derselben vielleicht bewußt seien. Wenn der Minister von einer Herrschaft der Plutokratie, von der Ausbeutung des Privatkapitals, von der Spekulation, von der planmäßigen Anlage des Privatgewerbes, von unfruchtbarer Konkurrenz, von der Kapitalvergeudung durch die Privatindustrie spricht, so sänden sich alle diese „Redensarten“ längst in den sozialistischen Reden und Broschüren, und zwar seien die Sozialisten dabei viel konsequenter, indem sie es nicht bei den Eisenbahnen bewenden lassen, sondern die von der Regierung für die Verstaatlichung der Eisenbahnen angeführten Motive folgerichtig auch auf andere, eben so wichtige Wirtschaftssphären anwenden.

Wir können diese Ausführungen — soweit sie sachlich sind, und von ihrer persönlichen Färbung natürlich abgesehen — fast wörtlich akzeptiren. Und aus diesem Grunde sind wir auch weit davon entfernt, uns der preussischen Eisenbahnvorlage gegenüber grundsätzlich und ohne weiteres zu feindlich zu verhalten, wie es merkwürdiger Weise ein anderes sozialistisches Blatt für nöthig hält. Im Gegentheil ist uns die Vorlage grundsätzlich sympathisch und nur die Einzelheiten der Durchführung der Idee, die Form ihrer Bethätigung, vor Allem der Umstand, daß die ohnehin schon übergroße Macht der Regierung durch die Auslieferung des gesammten Eisenbahnwesens mit seinen enormen wirtschaftlichen Machtmitteln an sie noch übermächtiger und schrankenloser werde, zwingen uns zu einer veränderten Stellung. Wir werden uns demnächst eingehender mit dieser Sache befassen.

— Herr Rathbach, der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten, hat soeben einen amtlichen Bericht über die Arbeiterverhältnisse auf den fiskalischen Werken veröffentlicht. Selbstverständlich ist in demselben, wie bei solchen Berichten in Preußen herkömmlich, systematisch Schönfärberei getrieben und alles, was die Verhältnisse der Arbeiter irgendwie in ihrem wahren, düstern Licht erscheinen lassen könnte, sorgfältig vermieden. Wie man hierin selbst vor der offensichtlichen Fälschung nicht zurücksteht, zeigt am besten der Umstand, daß in dem Bericht der bekannten Nothstandes in Zabrze und der dadurch hervorgerufenen Unruhen nicht mit Einem Wort erwähnt ist! Der ministerielle Bericht kann demnach gewiß nicht der Schwarzseherei oder Uebertreibung geziehen werden, wie es den von der oppositionellen Presse ausgehenden Berichten über Nothstände etc. fast immer geschieht — von denen der Arbeiterpresse, die ja den Herren von vornherein als lediglich zur Aufreizung der Resiplosen gegen die Reichen und zu Zwecken einer „auf den Umsturz aller bestehenden Ordnung abzielenden wüthen Agitation“ erfundene Lügen gelten, ganz abgesehen. Um so schwerwiegender ist dafür aber auch das, was der Bericht Ungünstiges über die Arbeiterverhältnisse zu sagen gezwungen ist und was wir nachfolgend in Kürze wiedergeben.

„Die materielle Lage der auf Staatskosten beschäftigten Arbeiter — sagt der Bericht wörtlich — hat in Folge der andauernd ungünstigen Zeitverhältnisse im Etatsjahr 1878/79 eine Aufbesserung gegenüber dem Vorjahre nicht erfahren.

zwar von einem Menschen, der selbst Allen, die ihn kennen, als ein Trunkenbold und Ludrian erster Klasse bekannt ist und von dem es keinem Zweifel unterliegt, daß er zeitweilig dem delirium tremens anheimfällt!

Solche häufigen Anfälle sind es auch offenbar gewesen, unter denen Herr Bernhard Becker sein Buch in die Welt setzte, und mit Kenntniß dieser persönlichen Eigenschaften des Verfassers werden dem Leser die häufig geradezu unslätigen Ausfälle erklärlich, denen er fast auf jeder Seite des Buches gegen die Anhänger und Verteidiger der Kommune und insbesondere auch gegen den weiblichen Theil derselben begegnet. Allen Maßnahmen der Kommune werden stets die geschäftigsten Motive unterzogen, nicht eine Handlung, nicht ein Vorfall findet den Beifall des Verfassers. Herr Bernhard Becker hat mit Vorliebe alle gegen die Kommune gerichteten Schriften durchsucht um daraus die gemeinsten Stellen, enthaltend Schilderungen von angeblichen Kommuneseiten, mit möglichster Breite und gewürzt durch eigne kritische Zuthaten in demselben Sinne, abzufragen. Die historischen Arbeiten der Kommarden B. Mason, Lefrançois, Charles Beslay, Vissagaran, Arthur Arnould und Anderer sind „lägerhafte Kommunegeschichten“, die keine Beachtung verdienen. Dagegen wird von Herrn B. Becker in seinem Buch mit vollem Ernste ein Artikel der „Kreuzzeitung“ für die schlechte Behandlung des Erzbischofs von Paris zitiert und das Zeugniß Vinoy's wird dafür angeführt, daß Duval nicht mitschuldig von Versailles Soldaten niedergemacht worden, sondern im Gefecht gefallen sei.

Daneben wimmelt die Schrift von Widersprüchen. Einmal tabelt Herr Bernhard Becker, daß die Kommunemitglieder ihre Aemter nicht gratis verfahren und als bloße Ehrenämter betrach-

teten, wie es das Bourgeoisgesetz sogar vorschreibe, und dann tabelt er wieder in demselben Athemzuge, daß die Kommune das Gehaltsmaximum auf jährlich 6000 Francs angelegt und damit „fähige Köpfe“ zurückgestoßen, denen ein solcher Gehalt zu niedrig sein mußte — Daß die Kommune Anfangs nur die unverheiratheten Männer von 19—35 Jahren in die Nationalgarde einreichte, tabelt er als große Ungerechtigkeit; wenige Seiten weiter aber erscheint ihm die Anordnung der Kommune, daß nunmehr auch die Verheiratheten aus diesen Altersklassen eingereicht werden sollten, als eine unerhörte „Tyrannei“. Daß 1870 vierzigjährige preussische Landwehnmänner in Frankreich, fern von Weib und Kind, und gewiß nicht freiwillig, im Felde standen, hat Herr Bernhard Becker natürlich, als er sein Buch schrieb, längst vergessen.

Ein wahrer Wuthanfall befällt den Herrn Verfasser, wo er konstatiert, daß die Kommune die Unterstützung für alle Wittwen der Gefallenen dekretirt, einerlei, ob sie mit ihrem Manne „geschlechtlich“ verbunden waren oder nicht. Bei dieser Gelegenheit wird Herr Becker zum fanatischen Verteidiger der „legitimen“ bürgerlichen Ehe und des bürgerlichen Eigentums.

Daß die Kommune auf die Niedermetzelungen der Gefangenen durch die Versailler in einem Dekret mit Repressalien drohte, darin sieht Herr Bernhard Becker die vollständige „Schreckensherrschaft“; dagegen findet er die Erschießung der gefangenen Kommunarden, denen als „Rebellen“ nur ihr Recht geschah, ganz in der Ordnung und bezeichnet die Grausamkeiten der Versailler als „erlogen“!!

Diesem Standpunkt entsprechend ist Herr Thiers der Mann des Herrn Bernhard Becker, „denn die Nation stand auf der Seite von Versailles“ und demgemäß konnten „solche dumme,

von Ehrgeiz und Einbildung befangene Elemente — wie sie die Kommune hatte — wenn sie den Frieden des Staats stören, gar nicht anders behandelt werden, als es nach ihrer Besiegung geschah.“

Nach dieser Auffassung hatte also auch Herr von Bismarck und die deutsche Bourgeoisie das Recht, das Sozialistengesetz zu erlassen und die Minorität mundtot und rechtlos zu machen. Man sieht, warum das Becker'sche Buch nicht vom Sozialistengesetz getroffen wurde. Solche Apostatenarbeit kommt den deutschen Gewalthabern recht und wenn man bisher noch so wenig das Werk gegen die deutschen Sozialisten ausgebeutet hat, so unterließ dies wohl nur, weil das Werk zu gemein ist und die torpide Befinnung seines Verfassers zu deutlich an der Stirn trägt.

Um in der Zeit der höchsten Aufregung, unmittelbar nach dem Fall der Kommune, konnte man in den deutschen Zeitungen jene Kumulation von Schimpfwörtern finden, die heute, mehr als acht Jahre nach der Niederwerfung der Kommune und nachdem die Regierung Frankreichs eine Amnestie ertheilt, Herr Becker in seinem „Geschichtswerk“ getreulich wiederholt. Daran war die Kommune „ein großes Narrenhaus“, die Kommunarden „Brandstifter und Mörder, wie Räuber, Liebe, Schlemmer und Wollüstlinge“, die Verwaltung eine „Regenwirtschaft“. Ganz selbstverständlich, daß sowohl der damalige Generalrath der Internationalen in London, wie die deutschen Sozialisten, welche die Kommune zu verteidigen wagten, den höchsten Zorn des Herrn B. Becker hervorrufen und dem entsprechend abgefanzelt werden.

Es ist überflüssig, ein Wort weiter über das B. Becker'sche Nachwerk zu verlieren. Kein anständiger Mensch kann diese Schrift anders, als erfüllt von Ekel und Verachtung, bei Seite legen. A. Bbl.

Nicht nur wurde im Laufe der Frühjahrs- und Sommermonate wegen stockenden Abjages bei bedeutenden Werksbetrie- ben abermals eine nicht unerhebliche Verminderung der Belegschaften notwendig, sondern verschiedent- lich mußte auf einzelnen Gruben, beispielsweise im Saarbezirk, auch noch die ganze vorhandene Mannschaf- 2 bis 3 und selbst mehr Tage im Monat un- freiwillig feiern. Zwar brachten Herbst und Winter dem größten Theile der entlassenen und beurlaubten Bergleute wieder ausreichende Arbeit, indessen ging immerhin die Gesamtzahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter erheblich unter die des Vorjahres herab.“ (Es sind nämlich, wie der Bericht an einer andern Stelle sagt, im Jahre 1878/79 42,543, d. h. 1,218 Arbeiter weniger als im Vorjahre auf den Staatswerken beschäftigt gewesen.)

Was die Höhe der Löhne betrifft, so stellt sich im Saar- brücker Distrikt beispielsweise der Durchschnittslohn sämtlicher Werksarbeiter (ausschließlich der Grubenbeamten) in 1878/79 auf 2,95 Mk. pro Mann und Schicht gegen 2,97 Mk. im Jahre 1877/78. Der durchschnittliche Jahresverdienst eines Arbeiters, welcher sich in 1877/78 auf 832 Mk. belief, betrug in 1878/79 811 Mk., wovon nach Berücksichtigung der Aus- lagen für Lampenöl, Reuebeschaffung der Werkzeuge und Bei- trägen zur Knappschaftskasse durchschnittlich 732 Mk. als freies Jahreseinkommen (!) bezeichnet wer- den können. Auf der Königin-Vouise-Grube in Oberschlesien verdiente der Häuer im Gebirge durchschnittlich 2,51 Mk., der Schlepper 1,82 Mk., der erste Hiernach 7,7 Pf., der letztere 7,8 Pf. weniger als im Vorjahre. Der auf der Kö- nigsgrube in Oberschlesien den Arbeitern pro Tag in 1878/79 gezahlte Lohn betrug durchschnittlich für die Häuer 2,19 Mk., d. h. 14,0 Pf. weniger wie in 1877/78, und für die Förder- le 1,52 Mk. oder 3 Pf. weniger wie in 1877/78. Im Großen und Ganzen gingen, wie bei den angeführten Bei- spielen, die Löhne auf allen fiskalischen Werks- betrieben ... zurück.“

Wenn der Minister nun an die punktierte Stelle die Worte „nicht erheblich“ setzt und an anderen Stellen die Ansicht aus- spricht, daß die Lage der fiskalischen Arbeiter trotz der durch- schnittlich eingetretenen „weiteren Ermäßigung (!) der Löhne“ im Allgemeinen durchaus auskömmlich“ und nirgends ein Nothstand eingetreten sei — so gehört das eben, sehr artig geformt, auf das Gebiet der schon besprochenen systematischen Schönfärberei. Uebri- gens widerspricht der Minister diesen Zufriedenheits-Phrasen im weiteren Verlauf seines Berichtes selbst, indem er zugibt, daß, obgleich „die Gesamtverhältnisse des Bergarbeiterstandes während des in Rede stehenden Jahres mit Rücksicht auf die alle Bevölkerungsschichten in Mitleiden- schaft ziehende wirtschaftliche Krise als befriedigende bezeichnet werden könne, doch nicht zu verkennen ist, daß es bei dem gegenwärtigen Stande der Löhne und der zu erzielenden Höhe des Verdienstes dem gewissenhaften Arbeiter nur durch die äußerste Einschränkung und ter sorgfältige Sparsamkeit gelingen kann, seine Familie ordentlich zu unterhalten.“ Entweder ist demnach die frühere Versicherung des Ministers, daß die Lage der Arbeiter eine „befriedigende“ und „durchaus auskömmliche“ sei, nichts als eine leere und zwar recht alberne und gewissen- lose Redensart, oder aber Herr Maybach ist der Meinung, daß der „befriedigendste“ Zustand — zwar nicht für die Ar- beiter, wohl aber für die herrschende und ausbeu- tendende Klasse — der sei, wenn die Arbeiter nur bei der äußersten Einschränkung sich und ihre Familien zu ernähren vermögen! Und damit werden wir wohl das Richtige ge- troffen haben.

Mögen die Arbeiter dieses werthvolle Geständniß nicht ver- gessen!

Die bekannte Affäre Frische-Hasselmann, nämlich die Anklage wider diese beiden Abgeordneten wegen angeblicher Nichtrespektirung des Berliner Belagerungszustandes durch ihre Anwesenheit im Reichstag, ist nun endlich zum Schluß ge- diehen. Und zwar ist derselbe sehr blamabel für die Regierung ausgefallen. Denn nachdem die Regierung das „Verbrechen“ der beiden Abgeordneten für groß genug befunden, um vom Reichstag die Ermächtigung zur sofortigen Verfolgung der Bann- brecher zu fordern, und nachdem Tessenlof nach der fast ein- stimmigen Ablehnung dieses unbetonten Verlangens durch den Reichstag, nach Schluß des Letzteren, die Anklage vor dem zuständigen Gericht erhoben und mit allem Nachdruck betrieben, hat nun die erste Strafkammer des Berliner Landgerichtes I. entschieden, daß Frische und Hasselmann außer Verfolgung zu setzen seien, d. h. daß auf die Anklage Tessenlofs gar nicht weiter einzugehen sei!

Dieser Gerichtsbeschuß kann auch nach §§ 172 und 346 der neuen Strafprozessordnung nicht mehr angefochten werden und ist somit die wahrhaft pyramidale Theorie der Regierung, daß es in ihrem Belieben stehe, durch eine einfache Ausweisung aus Berlin einem Reichstagsabgeordneten zugleich auch das Recht zur Ausübung seines Mandates zu nehmen, in letzter Instanz für rechtlich unzulässig erklärt worden. Natürlich ist die Regierung über diesen Ausgang nicht sehr erbaut und sucht sie, während sie den Beginn des Prozesses mit gewalttätigem Lärm in Szene setzte, das unliebsame Ende möglichst todzuschweigen. Vielleicht rewan- chirt sie sich durch neue Ausnahmestimmungen gegen uns Sozialisten. Wir sind indeß verstockte Sünder genug, um solchen Dingen ziemlich ruhig entgegenzusehen.

Aus Oesterreich kommen zwei Nachrichten, von denen die eine allgemeine Heiterkeit, die andere aber das peinlichste Aufsehen und in allen nicht durch den Parteigeist um jede Urtheilsfähig- keit gekommenen Kreisen tiefe Empörung hervorruft. Was die erste betrifft, so wurde vorletzte Woche in Lemberg ein „verdäch- tiges Individuum“, in welchem man einen „sozialistischen oder (!) nihilistischen Agitator“ vermutete, angehalten und verhaftet. Nachdem man das „Individuum“ aber einige Tage in der aus unserer vorvorigen Nummer bekannten Weise ohne Verhör brummen, hungern und frieren lassen und seine dringenden For- derungen nach Vernehmung mit Grobheiten und schließlich mit Dunkelreist beantwortet hatte, stellte sich schließlich heraus, daß der Verhaftete kein Sozialist, sondern ein Cheimpolizist

und zwar ein Agent der Petersburger dritten Abtheilung war, der „einem gefährlichen, polnischen sozial-nihilistischen (was muß das für eine neue Thierart sein?) Agitator“ nachgesandt war und während er ihn verfolgte, von seinen dummen Lemberger Kollegen festgenommen worden war. Die Heiterkeit, welche dieses Polizeistückchen erregt, ist um so größer, als während der Haft des Polizisten der von ihm Verfolgte zum großen Mißvergnügen der allirten russisch-österreichischen Polizei spurlos verschwunden ist!

Die zweite Nachricht meldet der Telegraph aus Krakau. Wie dortselbst die gefangenen Sozialisten behandelt werden und wie eine große Anzahl derselben sich in schreiendster Gefesbesetzung bereits 6 und 8 Monate ohne Urtheil in Untersuchungshaft be- finden, haben wir des Ausführlichen in unserer vorletzten Nummer erörtert. Durch diese unerhörte Behandlung sind nun 38 ge- fangene Sozialisten förmlich zur Verzweiflung getrieben worden und haben schon seit 3 Tagen weder Speise noch Trank genommen, indem sie erklärten, eher den Hungertod zu er- tragen, als sich noch länger so behandeln zu lassen. Auf die Nachricht hievon begab sich der Landesgerichtspräsident in's Ge- fängniß und beschwor die Gefangenen, von ihrem verzweifelten Entschluß abzustehen, da ihre Hauptverhandlung in naher Aus- sicht sei; auch gab er Befehl, den Gefangenen eine Anzahl kleiner Erleichterungen zu schaffen. Die Behörde hat auch in der That einen Grund, dem Standal einer freiwildigen Massenverhungern — wenn sie auch nur halb, d. h. bis zur Erkrankung durchge- führt würde — vorzubeugen, da keine amtlichen Lügen den zwingenden Schluß umzustößen vermöchten: wie elend die Be- handlung von Menschen sein müsse, wenn sie derselben sogar die entsetzlichen Qualen des Hungertods vorziehen! Schmach über eine Gewalt, die ihre politischen Gegner so infam behandelt!

Die französische Regierung empfängt fast Tag für Tag schlagende Beweise, wie dumm es von ihr war, ohne Noth einen Kampf mit den fortgeschrittensten Elementen des Landes zu beginnen. Den Wahlen Humberts in Paris und Garrel's in Lyon ist nun ein weiterer Sieg der vereinigten Ultra- genten und Sozialisten gefolgt, der um so bedeutamer ist, als er im Norden erungen wurde, der von den Reaktionsären stets ob seiner „Mäßigung“ gepriesen wurde, die ihn allen „exal- tirten“ Ideen unzugänglich mache. In Lille ist nämlich der Sozialist Cheri-Dumez gegen die Kandidaten der Gambet- tisten und des linken Zentrums gewählt worden; ein bis jetzt völlig unbekannter Mann, der jedoch von den Wählern gleich- wol den andern, als langjährige Vorkämpfer des Liberalismus unter dem Kaiserreich bekannten Kandidaten vorgezogen wurde, bloß auf die Empfehlung durch ein sozialistisches Komite hin.

Auch der verurtheilte Humbert fährt fort, der Regierung das Leben schwer zu machen. Bei seiner bekannten jüngsten Gerichtsverhandlung machte er in seiner brillanten Verthei- digungsrede gräßliche Enthüllungen über die von der Regierung an den Deportirten und namentlich im Bagno in Neufale- donien begangenen Schandthaten. „Der Bagno, sprach er, ist ein Ort, in welchem Menschen mit den Füßen nach oben aufgeknapft und dann durchgepeitscht werden, ein Ort, in dem man zum bloßen Zeitvertreib Menschen um- bringt. Ich habe mit eigenen Augen gesehen, wie Depor- tirte, die eines Diebstahls verdächtig waren, mit der Knute geprügelt wurden und wie man dann nach jedem Streich noch mit glühendem Eisen in die Wunde brannte. Es gibt dort Marterwerkzeuge, die sogenannten poucottes (Daumenschrauben), welche den Unglücklichen erbarmungs- los einen Finger nach dem andern abtrennen. Wenn man in der Kammer diese Grauel zur Sprache bringt, so besticht der Marineminister die Tribüne und erklärt kurzweg: das ist falsch. Ich aber habe mit eigenen Augen gesehen und mit eigenen Händen die Wunden berührt. In diesem Bagno habe ich drei Jahre geschmachtet, bis die militärische Justiz selbst sagte, daß ich nicht in alle Zeit für die Uebrigen büßen solle und mich in die Kategorie der politischen Deportirten verwies. Diese neue Buße währt fünf Jahre. Ach, wenn ich daran denke, mag ich mich gar nicht mehr verteidigen.“

Diese Enthüllungen über diese unmenschlichen, aber der Versailles Bluthunde vollkommen würdigen Barbareien riefen natürlich allgemeines Aufsehen und allgemeine Empörung hervor, so daß die Regierung nicht anders konnte, als eine Untersuchung über die Zustände der Strafkolonie einzuleiten. In welchem Geiste und mit welcher Absicht diese aber ge- führt wird, beweist die Thatsache, daß mit der Führung der- selben der berüchtigte Polizeikommissar Clément, einer der Hauptagenten Pietri's, der schon beim Prozeß von Blois und bei dem Putz der „weißen Blauen“ unter dem Kaiserreich eine Rolle spielte, also eines der gewissenlosesten Werkzeuge der Gewalt betraut wurde! Humbert wirft nun in einem offenen Brief an den Minister demselben diese Thatsachen vor und zählt dann neue Beispiele der Grausamkeit gegen die Verurtheilten auf. Ein Deportirter, Cibut, No. 671, sei in der säkrallichsten Weise auf den nackten Rücken geschlagen wor- den; er, sowie ein Anderer seien nach dieser Behandlung für immer gelähmt gewesen. Wieder einen Andern habe man bei den gefesselten Händen aufgehängt und in glei- cher Weise behandelt. Einen namens Cabot, No. 1050, habe man bei den Füßen aufgehängt und mit einem Prä- gel auf den Kopf geschlagen. Er sei verrückt geworden, sowie denn überhaupt alle die Gepeinigten nach der „Operation“ unfähig geworden seien, irgend eine Arbeit zu ihrem Lebens- unterhalt zu verrichten. Der Brief schließt mit dem Post- skriptum: „Ich halte immer noch zu Ihrer Verfü- gung die Daumenschrauben, die ich aus dem Bagno mitgebracht habe.“

Und diese Angaben werden auch von anderen Seiten be- stätigt. So erklärt ein anderer Amnestirter in der „Mar- seillaise“, im Bagno von Toulon Augenzeuge gewesen zu sein, wie man Kom- uneverurtheilte, die beim Cigarettenrauchen er- tappt wurden, auf eine Bank schnallte und ihnen mit einem dicken Strick Fiebe auf den nackten Rücken gab, bis das Blut emporspritzte. Manche der Gepeinigten hätten nach Empfang eines Theils ihrer Strafe in's Hospital ge- bracht werden müssen, und nach halber Heilung ihrer Wunden habe man ihnen den Rest der zugespro- chenen Zahl von Fieben ertheilt! Einige hätten dann auch ihr Leben dabei eingebüßt. Zum Ausstrich der Schläge habe man gewöhnlich einen der kräftigsten Walerenstränge verwendet, dem man vor der „Operation“ mittelst Brand-

weins Muth einzustößen pflegte! — Weiter veröffentlicht der „ge- mäßigte“ „National“ eine Reihe von Briefen, aus denen her- vorgeht, daß man nicht allein die Daumenschrauben anwendet, sondern auch für das geringste Vergehen das Auspeitschen an- ordnet. Auf einmal kann man nicht mehr als 25 Hiebe er- theilen; bei vielen Verurtheilten muß schon beim achten Hieb das Peitschen eingestellt werden, weil der neunte unfehlbar den Tod zur Folge haben würde. Und doch wurden Straflinge bis zu 250 Hieben verurtheilt. Nach jedem 25 Hieben werden sie dann in eine Zelle gebracht und erhalten, wenn sie wieder hergestellt sind, weitere 25 Hiebe, bis sie ihre volle Strafe er- halten haben. Straflinge suchten der Marter dadurch zu ent- gehen, daß sie einen Mord begingen; sie wurden dann näm- lich nicht mehr gepeitscht, sondern hingerichtet!

Ewige Schmach und Schande über eine „Ordnung“, welche ihre Herrschaft mit solchen, eines altrömischen oder mittel- alterlichen Folterrechtes würdigen Mitteln aufrecht erhält! Und mögen alle christlichen, menschlich gesinnten Menschen zusammenstehen, um die Wiederholung solcher Grauelthaten unmöglich zu machen: durch den Sturz der heutigen Klassen- herrschaft und den Sieg des Sozialismus!

Man erinnert sich der italienischen Sekt der Pazzaret- tisten, welche gewisse sozialistische Ideen mit einem überwuchern- den Mystizismus verquicte und dadurch, sowie durch die an- ziehende Persönlichkeit ihres Gründers und „Propheten“ unter der im tiefsten und hoffnungslosesten Elend dahinlebenden, abergläubischen Landbevölkerung zahlreiche Anhänger gewann. Als diese Sekt im Sommer vorigen Jahres friedlich und unbewaffnet eine Prozession veranstaltete, trat ihr die Polizei entgegen und schritt in der rohesten Weise und durch nichts provoziert mit den Waffen gegen sie ein, wobei Pazzaretti selbst ermordet und noch zahlreiche seiner Anhänger verwundet wurden. Um nun die viehische Gewaltthätigkeit zu beschönigen und als Nothwehr hinzustellen und um zugleich der quassozialistischen Sekt den Todesstoß zu geben, ließ die Regierung die hervor- ragendsten der überlebenden Pazzarettisten wegen Aufruhr und öffentlicher Gewaltthätigkeit anklagen und beauftragte einen ihrer geschicktesten Untersuchungsrichter mit der Vorbereitung der gewünschten Verurtheilung. Alle diese Bemühungen haben indeß zu keinem Resultat geführt, indem vor wenigen Tagen die Angeklagten freigesprochen wurden und dadurch kon- statirt worden ist, daß sich die Polizei einer unerhörten Gewalt- that schuldig gemacht hat. Indessen läßt sich die Regierung durch dies Verdikt in ihren Willkürmaßregeln durchaus nicht beirren und betreibt die Verfolgung der Sozialisten gerade jetzt wieder rücksichtsloser denn je. So wird der sozialistische „Movimento sociale“ von Neapel fast jede Woche konfisziert und letzte Woche ist der Mailänder „Plebe“ dasselbe Schicksal widerfahren.

Die Henker des russischen Zaren haben wieder einmal „Urtheile“ über „politische Verbrechen“ angeklagte Nihilisten gefällt. Das Kriegsgericht in Kiew verurtheilte von neun Ange- klagten Krizanowsky zum Tode durch den Strang, Schirkan und Kosalshowsky zu zehn Jahren, Turowitsch zu sechs Jahren, Wol- jarsky und Stopansky zu vier Jahren Zwangsarbeit, Orlovsky, Gunadsky und Dwiky zu geringeren Arreststrafen. — Wie wenig aber dadurch der „Nihilismus“ unterdrückt werden kann, zeigt die vor Kurzem erfolgte Ausgabe einer neuen geheimen Revolu- tionszeitung mitten in Petersburg. Das Blatt, welches den Titel „Narodnaja Wolja“ (Volkswille) trägt, erklärt, daß das bisherige Schweigen der revolutionären Presse keineswegs durch eine Vernichtung der revolutionären Partei verursacht worden sei, indem diese Vernichtung überhaupt nur in der Phantasie der Regierung existire. Die Sistirung der Herausgabe des Revo- lutionsorgans sei lediglich aus praktischen Gründen erfolgt, wie ebenso aus praktischen Gründen von nun an das Organ wieder weiter erscheinen werde. Die „Narodnaja Wolja“ ist bei aller Entschiedenheit verhältnismäßig maßvoll und von einer Empfeh- lung von Mord und Brandstiftung findet sich kein Wort.

Berichte.

— g. Berlin, 12. November. In Nummer 5 drücken Sie Ihre Verwunderung darüber aus, daß Ihnen seitens der hiesigen Genossen nähere Mittheilungen über die letzten Ausweisungen nicht zugegangen sind. Es ist dies allerdings unterblieben, aber nicht aus Lässigkeit, sondern nur, weil dem von Ihnen schon Berichteten nichts von Bedeutung hinzuzufügen war und weil ein besonders erwähnenswerther Charakter diesen Ausweisungen nicht anhaftete. Bemerkenswerth ist vielleicht nur — außer der bereits von Ihnen zitierten Affäre Wienholz —, wie es dem gleichfalls ausgewiesenen Genossen Nühberger erging. Eine Schaar von Freunden begleitete denselben zur Bahn unter etwas lebhafter Bezeugung ihrer Gesinnungsfreundschaft. Diese kleine Demon- stration schien den anwesenden Polizeiseelen ein Dorn im Auge, denn sie machten ihrem augenscheinlichen Kerger dadurch Lust, daß sie M. — dessen Zug eine kurze Zeit später abging, als ihm laut Ordre zu bleiben verstatet war — verhafteten, auf's nächste Polizei-Bureau führten und von dort allerding nach einigen Abgeleiten wieder freiließen. Einem der begleitenden Freunde soll ein anwesender Polizist unter barschem Ansahren eine rothe Blume, die derselbe im Knopfloch trug, gewaltsam entfernt haben. Welche Frechheit des Benehmens und zugleich welch — kindisches Vergnügen liegt in solchen und ähnlichen Handlungswesen der „hohen Obrigkeit“!

Ob diesen Ausweisungen besondere Motive, besondere Absichten zu Grunde liegen, darüber herrschen hier Zweifel. Der Be- lagerungszustand wird prolongirt werden oder nicht, mit oder ohne Motive! Wozu auch noch motiviren? Einem solchen Land- tag, einem solchen Reichstag, einer solchen reaktionären Masse gegenüber, die jauchzt über jeden Schlag, den man glaubt, der verhassten Sozialdemokratie versetzt zu haben?! — Der Be- lagerungszustand hier hat für die Polizei in erster Linie den Zweck durch Terrorisiren und „Bange machen“ jede Regung der Partei am Orte zu verhindern. Wir sind darüber unterrichtet, daß die Polizei nicht mehr nach dem Principe der „Gefährlichkeit“ ausweicht, sondern daß sie eine Liste führt über eventuell aus-

zuweisende Leute, — raffinierter Weise meist Familienväter, wie Sie richtig bemerken, — und diese Liste arbeitet sie herunter, sobald sie es für nötig hält, wieder einmal einen Schreckschuß abzugeben, und glaubt dadurch die Genossen von jeder politischen Thätigkeit zurückzuzwecken. Gänzlich vergebliche Mühe natürlich! Was indessen die infame Persiflage, welche in solchem Benehmen liegt, nicht vermindert! —

Magdeburg, 15. November. Am 10. Dezember ist die Erziehung für den früheren Reichstagsabgeordneten von Unruh, der im Sommer d. J. in richtiger Erkenntnis, daß er sich politisch gründlich abgewirkt hat, sein Mandat niederlegte. Vier Kandidaten sind aufgestellt worden oder werden aufgestellt werden. Von nationalliberaler Seite der „Geschichtsschreiber“ v. Sybel, von fortschrittlicher ein unbekannter „Direktor“ Bächtemann in Berlin; die Konservativen werden sicher jemand aufstellen, den man vorläufig noch mit einem ? anführen muß. Wir aber stellen den Kammergerichtsreferendar a. D. Biered auf, der vor ca. 3/4 Jahren in Folge des Belagerungszustandes aus Berlin ausgewiesen wurde und gegenwärtig in Leipzig wohnt. Biered hat sich s. Z. in Berlin um unsere Sache durch große Thätigkeit in der Agitation und durch redaktionelle Thätigkeit an der verbotenen „Berliner Freien Presse“ verdient gemacht. Da wir schon im Jahre 1877, als Bracke kandidirte, mit den Nationalliberalen in die engere Wahl kamen, dann im folgenden Jahre gleich beim ersten Wahlgange 6300 Stimmen erhielten, so ist die Wahl unserer Kandidaten durchaus nicht aussichtslos, obgleich der hiesige Polizeipräsident ganz besonders erklärt hat, er würde mit aller Kraft gegen die Kandidatur Biered's wirken. Das beste Zeugnis, welches unserem Kandidaten ausgestellt werden konnte!

Zur Wahlagitatorien aber gehören auch Geldmittel; eine Adresse hier in Magdeburg, an welche Gelder für die bevorstehende Wahl zu senden sind, mag ich nicht angeben, da sie sonst vielleicht einer, wenn auch ungeschicklichen, Konfiskation verfallen würden. Deshalb ist es gut, die betreffenden Gelder an bekannte Adressen, mit Angabe des Zweckes in einem besonderen Briefe, zu senden. Auf solchem Wege werden die gesammelten Beträge dann schon in die Hände der hiesigen Genossen und zur geeigneten Verwendung gelangen. Beschleunigung der Sammlungen und Einsendungen thut noth!

Dresden, 11. November. Ein Jahr ist in's Land gegangen seit der großen Sozialistenverteilung, welche mittelst der Attentats Lügen und Schurkereien vorbereitet und in „gesetzlicher“ Form in Szene gesetzt wurde. Wenn das Sozialistengesetz annähernd so wirkungsvoll sich erwiesen hätte, wie seine Schöpfer erwarteten, so müßten in Sachsen dem „Heerde des Sozialismus“, seine Wirkungen furchtbar gewesen sein und das ganze gesellschaftliche Leben des Arbeiterstandes umgestaltet haben. Aber gerade hier zeigt sich die ganze Ohnmacht solcher Gewaltmittel, deren einziger Erfolg ist, die Regierung, welche sie anwendet, der Lächerlichkeit preis zu geben. Es geht hier Alles wie ehemals seinen Gang, die sozialen Fragen werden diskutiert — wenn auch nicht mehr in parlamentarischer Form unter polizeilicher Ueberwachung —, die Bewegung im Volke wächst und neue Anhänger werden für den Sozialismus täglich gewonnen und gewonnen. Die besten Agitatoren: das soziale Elend des Volkes und der Uebermuth der Herrschenden, der mit Phrasen oder mit Gewaltthaten jedem Nothschrei der Ausgebeuteten begegnet, — arbeiten rastlos für uns, und unser industriereiches, von der Krise durchwühltes Ländchen bietet ihnen ein nur zu reiches Agitationsfeld. Das Volk hat in der Zeit der Noth längst erkennen gelernt, daß alle arbeiterfreundlichen Versprechungen, die man machte, als man die Kraft jedes einzelnen Arbeiters nicht entbehren konnte Lügen waren, denn selbst in Staatswerkstätten wirkt man Arbeiter ohne Rücksicht auf's Pfaster, gleichviel ob es Familienväter sind, deren Kinder nach Brod schreien, oder ob es Greise sind, für die es nirgend mehr Beschäftigung und Unterkommen giebt, nachdem sie das Mark ihrer Knochen im Dienste des Kapitals aufgebraucht haben. Dies trägt mehr zur Erkenntnis der Klassenlage des Proletariats bei, als tausend „aufreizende“ Reden es könnten. Was nun für die Vollstrecker des Sozialistengesetzes noch übrig bleibt, die Polizeibüchereien, die schamlosen Attentate, welche durch Ausweisung u. gegen einzelne Familien verübt werden, und ähnlicher Unfug, heißt weder soziale Uebel, noch unterdrückt es die Mahnung zur sozialen Befreiung, im Gegentheil, es ist selbst eine eindringliche Mahnung, es reizt und erbittert die Kämpfer!

So stehen auch in Dresden die Parteiverhältnisse vortrefflich. An Stelle der ausgewiesenen Redakteure Bollmar, Kayser u. s. w., gegen welche die blinde Wuth unserer Büttel einen Trumpf auszuspielen zu müssen glaubte, um uns die Führer zu nehmen, sind die sozialistischen Landtagsabgeordneten hier anwesend, die theils erst in neuester Zeit trotz Zensur, Sozialistengesetz und grober Gesetzesverletzung durch Behörden siegreich aus der Wahl hervorgingen. Die Tribüne des Landtags ersetzt ihnen die umgestürzten Volksversammlungstribünen, denn von dieser aus werden sie zum gesammten sächsischen Volke sprechen. Daran ändert nichts das Wüthen der Polizei, welches trotz seiner Plumpheit oft recht possirlich anzuschauen ist. Daß man zwei Tage vor der letzten Landtagswahl die von Sozialisten redigirte „Dresdner Presse“ auf Grund des für solche dumme Streiche brauchbaren Sozialistengesetzes verbot, ist bekannt, aber die Logik der Verbotsbegründung verdient für alle Zeiten angegeltelt zu werden: „Da die „Dresdner Presse“ die französische Nation eine freiere, also kultivirtere Nation im Gegensatz zu der deutschen genannt hat, und damit jedenfalls versteckt die Pariser Kommune meint, die letztere aber umstürzlerische Tendenzen vertritt, so ist das Zulagetreten kommunistischer, auf den Umsturz u. gerichteter Bestrebungen des Blattes erwiesen und daselbe zu verbieten.“ Diese „Begründung“ liegt jetzt der Reichskommission zur Entscheidung vor, und wir sind gespannt, durch welchen humoristischen Kommentar sie die Verurteilung vollziehen wird.

Außerdem hat man einen großen Sozialistenprozeß gegen hiesige Sozialisten arrangirt, der von einem rüden Streber, dem Polizeikommissar Paul, mit Massenhausdurchsuchungen und Verhaftungen begonnen wurde, und dessen Anklage folgendermaßen begründet ist: Schlüter hat von auswärts Schriften für die Expedition empfangen, welche später verboten wurden. Daher muß er sie nach dem Verbot noch verbreitet haben! Max Kegel war Redakteur des Blattes, dessen Expedition Schlüter führte, und daher ist anzunehmen, daß er dasselbe gethan hat, wie jener, denn daß zwischen Redaktion und Expedition ein Unterschied bestehe, ist eine „un glaubliche Audrede“. Einige Kauf-

leute sind Abonnenten der „Freiheit“ gewesen, aber bei der Hausdurchsuchung hat man nicht alle Exemplare vorgefunden (sie waren auf der Post gestohlen worden), deshalb sind die Abonnenten der „Verbreitung“ verdächtig und stehen unter Anklage. Nächstens ist öffentliche Verhandlung in dieser Sache. So macht man hier gegen die Sozialdemokratie Prozesse! Damit ist jedoch die Polizei noch nicht zufrieden, sie schneißelt auch nach „geheimen Verbindungen“, denn sie merkt: wir sind stramm organisiert. Wenn Mittags eine Lösung ausgegeben wird, stehen Abends mehrere hundert Mann bereit, dem Rufe zu folgen. So jagten wir vor einiger Zeit die Fortschrittler auseinander, als sie in öffentlicher Versammlung unter dem Schutze des Sozialistengesetzes Demagogie treiben wollten; so erischen am Sonnabend vor acht Tagen die Sozialdemokratie in starker Majorität in der Versammlung der Dresdner Judenheger, und gebot den Aposteln Stöcker's Schweigen, so daß die Herrchen schleunigst ihre Versammlung schlossen und nach Hause flüchteten. Aber unsere Organisation ist keine auflösbare, auch keine geheime. Sie besteht in dem Gefühl der Zusammengehörigkeit, welches gerade durch das Sozialistengesetz wunderbar gestärkt worden ist. Die Verfolgten schließen sich enger aneinander und Bismarck hat vergessen, ihre gegenseitige Freundschaft mit unter die „Vereine“ zu zählen, deren Auflösung im Interesse des preussischen Kaiserthums eine Nothwendigkeit ist. Wie wär's mit einem Versuch? Wir wollten es darauf ankommen lassen!

Neutlingen, 5. November. Als Charakteristik unserer „demokratischen“ Partei, die ja besonders hier mit ihrem Schlagwort von „Volks- und Arbeiterfreundlichkeit“ unzählige Schäßlein löbert, mag folgende recht hübsche Episode dienen. Bei dem Prozesse Walz in Tübingen fungirte als Verteidiger Walz' der hochpopuläre feuerrothe Payer II., oder in Vertretung dieses „Mannes aus dem Volke“ sein Associe Herr Kapp — auch ein Demokrat. Weil nun Payer — der auch zweimal in parlamentarischen Sitzungen machte — dem armen Manne goldne Berge versprach, von Volkswohl, auch von Republik einmal phantastirte, gegen Steuern und Zölle, Pfaffen und Soldaten seinen Papierdeggen zog, den Liberalen und ihrem Hauptstreichhacker, der Payers Zunge sehr nahe kommt, dem Lokal-Pref. Laster Karl Rupp gnädigst einen Fußtritt gab und auch gegen Otto von Barzin ein Häufchen ballte, — so zog unsere Partei eben von zwei Uebeln das kleinere vor und gab diesem Demokraten ihre Stimme. Bei dem Prozesse Walz hat uns nun der Volksmann Payer seinen Dank für unsere Bundesgenossenschaft abgeleistet. Er, der Advokat mit großem Vermögen, sandte dem armen Tucharbeiter Walz, der bei jeder Wahl für die Prinzipien der Sozialdemokratie und also der Demokratie überhaupt, und ebenso für Payers Kandidatur erfolgreich agitirte, für die Verteidigungsrede von 10 Minuten die unglaubliche Rechnung von 79 Schreibe neu und siebzig Mark!!! Man hätte doch erwarten sollen, daß der Kandidat und zweimalige Abgeordnete der demokratischen Partei seine Deklamation von „Liebe zum Volk, zu den Bedrückten, den Armen“ (!) ehrlicher in die Wirklichkeit überlegen würde, zumal wenn man die sehr wohlhabenden Verhältnisse des reichen und „berühmten“ Advokaten einrechnet und die Noth, den Kampf, mit dem der arme Familienvater sich durch sein „Dasein“ schlägt, andererseits erwägt. — Aber nun weg mit der Larve dieser Demokraten, die das arme Volk belügen und verführen, die es zu ihrem Börsenwucher benützen, und dann das Benützte in Noth und Elend jagen. Wahrlich, man möchte, wenn man wählen sollte, sich lieber für einen richtigen Pfaffen oder Junker, bei dem man doch gleich weiß, wie man daran ist, entscheiden, als für solch einen „Demokraten“!

Was unser Parteileben betrifft, so ist leider nicht viel Gutes zu verkünden, sinemal der Schwabe sich ja viel lieber in Sauerkraut und Spägle als in die Politik versenkt und am liebsten ohne viel Kopfschmerzen Alles gehen läßt, wie es eben geht, b. h. wie es die politischen und ökonomischen Herrscher wollen. Gewiß ist der schwäbische Volksstamm ein lebenskräftiger und voll gesunder, ursprünglicher Kraft; aber er muß erst erwachen. Heute aber schläft er noch und wo man hin sieht in Schwaben, gewahrt man diese Schläfrigkeit. Ja sogar die sonst doch überall sehr rührige Polizei ist von dieser Nationallethargie angesteckt. Der schwäbische „Schandarm“ fragt im Allgemeinen nach den „Sozialdemokraten“ noch sehr wenig, denn das sind ihm böhmische Dörfer und sein Lebenszweck ist lediglich, Sonntags wie ein Fleischerhund um die Kirche zu streichen und Dienstmädchen zu arretilren, die er während des „Gottesdienstes“ mit einem Korbe betrifft, auch Sonntags Abends den löbl. Gemeinderath aus den verschiedenen Gassen und Lachen zusammenzulesen und ins Bett zu transportiren. Dies ein Bild der schwäbischen Hermandad, wie sie hier in Neutlingen auf die Spur von „Sozialdemokraten“ geht wird. Indeß würde die Polizei auch mit der besten Nase nicht sehr viel Rothes hier finden, da leider die hiesige Parteigenossenschaft nur ein kleines, wenn auch wackeres Häufchen bildet. Besser steht es in Ultingen und Stuttgart, wo die Leute mehr politische Bildung, Interesse und Hingabe haben. Auf einer jüngst — irgendwo — stattgefundenen Versammlung wurde die Gründung eines Wahlfonds beschlossen, was für unsere Wahlpropaganda von gutem Einfluß sein wird. — Genosse Dr. Dull wird am 24. Dezember aus dem Zellengefängniß Heilbronn entlassen, was gewiß die Genossen von Rath und Fern mit Freude begrüßen. Das Wuthgezeir, das die Pfaffen aller Farbe über Dull intoniren und wenn sie es ausgeplärrt, immer wieder plärren, ist für unsern Genossen die beste Anerkennung, daß er stets den Feind ins Herz getroffen. Justinus.

J. Lj. Kopenhagen 10. November. Eine Probe guter Organisation haben diesen Herbst die hiesigen Bauhschreiner abgelegt, indem sie einen großen Strike siegreich durchführten und dabei eine Lohnerrhöhung von 20 Prozent errangen. Nachdem sie so ihre Kraft erkennen gelernt, beschloffen sie auch, in Zukunft nicht mehr mit den ausbeuterischen Arbeitgebern zu unterhandeln, sondern von nun an selbst den Preis ihrer Arbeit zu bestimmen, und zwar im Verhältnis zu dem Preis der Lebensmittel. Während des Strikes war für die ausständigen Arbeiter — ein Zeichen für den trefflichen Geist der hiesigen Genossen — gut besorgt, denn jeder Mann bekam 12 Kronen (ungefähr 13 1/2 Reichsmark) wöchentlich. Und trotzdem waren beim Schluß des Strikes noch 600 Kronen in der Kasse. Während die andern Gewerkschaften nach Pio's Flucht entweder aufgelöst wurden oder sich auf ein Minimum reduzirten, zählt die Bauhschreiner-Gewerk-

schaft die imposante Zahl von 700 Mitgliedern. Ihre vortreffliche Organisation verdanken die Bauhschreiner hauptsächlich dem jetzigen Vorsteher der Gewerkschaft, Gen. Carl Forsberg, zugleich eine der besten Säulen unserer Partei. Seit Anfang der Bewegung hat er darin einen hervorragenden Platz eingenommen und mehrere wichtige Posten bekleidet. Er ist auch einer unserer besten Redner.

Ein anderes hervorragendes Mitglied unserer Partei ist Gen. L. Andersen, dessen Organisationstalent und Eifer zum größten Theil die Entstehung unseres Versammlungsgebäudes zu verdanken ist. Er war nämlich Direktor der Aktiengesellschaft, welche sich zur Erstellung dieses Gebäudes gebildet hatte, und gelang es ihm, obwohl er mit sehr wenig Geld seine Thätigkeit anfangen mußte, doch, binnen Jahresfrist das stattliche Gebäude herzustellen. Jetzt hat er eine Gesellschaft gebildet, welche sich zum Zweck gesetzt hat, durch Veranstaltung dramatischer und musikalischer Unterhaltungen, Bälle u. die Schulden des Versammlungsgebäudes abzubauen. Diese Idee ist in jeder Hinsicht zu begrüßen; denn der von der Plackerei der Woche ermüdete Arbeiter muß ja doch am Sonntag ein wenig ausgehen, um sich zu erholen, und da ist es ein doppelter Gewinn, wenn er sich nur unter gleichgesinnten Genossen und bei anständigen und anregenden Vergnügungen bewegt, und zugleich das Geld, welches er dabei ausgibt, nicht in die Tasche der Bourgeois geht, sondern zu einem für die Partei nützlichen Zweck angewandt wird.

R. B. Birmingham, 5. November. Indem Sie mich zur Mitarbeiterschaft an unserm neuen Parteiorgan einladen, war es Ihnen jedenfalls vor Allem darum zu thun, zuverlässige Nachrichten über die politischen und sozialen Verhältnisse Englands zu empfangen. Und in der That ist uns zur richtigen Beurtheilung der Machtumstände vor allem Wahrheit nöthig und nichts gefährlicher, als Schmeichelei und Täuschung über die Aussichten und wahren Kräfte der Partei. Nun, wenn man, wie es moralische Pflicht und Parteinteresse gleich sehr erheischen, die Wahrheit über die politische und soziale Lage des Vereinigten Königreichs und die vorhandenen Aussichten auf eine Besserung in unserm Sinne ungeschminkt sagen will, dann muß man gestehen: die Verhältnisse sind hier trostlose und die Aussichten des Sozialismus die ungünstigsten! Jeder Versuch, den Sozialismus in die englische Arbeiter- und Mittelklasse einzuführen, ist bis jetzt an den nationalen, sozialen und religiösen Vorurtheilen, an der unbeschreiblichen Unwissenheit, Engherzigkeit und leider auch an der sittlichen Entartung der Engländer gescheitert und wer mit den englischen Verhältnissen gründlich vertraut ist, wird gleich mir der festen Ueberzeugung sein, daß in der großen und heiligen Sache des Sozialismus auf England vorläufig so gut wie gar nicht zu rechnen ist. Man mache den Deutschen ja nicht weis, daß die Arbeiterbewegung in England ebenfalls schon große Früchte getragen hätte — das wäre eine Unwahrheit und der größte Fehler; denn die englischen Arbeiter-Associationen folgen launfromm und blindlings den Liberalen (die in vielen Beziehungen noch nicht einmal so weit vorgeschritten sind, als die deutschen National-Liberalen) und haben mit Sozialismus, dessen Anhänger unter den Engländern so selten wie weiße Raben sind und fast ausnahmslos als Verrückte angesehen werden, nichts zu thun.

Man täusche sich auch ja nicht mit der Hoffnung, daß die Noth den Sozialismus in England so bald gebären werde. Denn die Noth war hier schon seit Jahrzehnten und oft viel schlimmer, als sie in Deutschland je gewesen ist. Der Engländer aber stirbt in solchen Zeiten einfach Hungers und damit ist die Sache abgemacht. Der englische Soldat, der mit der neunschwänzigen Kasse durchgeprägt wird, hat trotzdem einen unbändigen Stolz darauf, ein Mitglied der „freiesten“ Nation zu sein, ebenso wie sich der englische Proletarier für einen Angehörigen der „reichsten“ Nation der Erde hält, auch wenn er Hungers stirbt. Die korrupte Bourgeois-Presse aber thut natürlich ihr Möglichstes, die Dummen in der Dummheit zu erhalten und den bis zur Verrücktheit ausgearteten Nationalstolz zu nähren. Einer der wenigen englischen Sozialisten, der die Verhältnisse seiner Heimat auf's Genaueste kennt, sich aber jetzt seit Jahren in Amerika aufhält und kürzlich auf Besuch nach hier kam, sagte mir, daß England in sozialer Beziehung zu tief gesunken sei, als daß eine Aussicht sei, daß es sich selber helfen könne — die Hilfe müsse von Außen kommen!

Und daß hier die Hoffnungen vor Allem auf Deutschland gerichtet sind, in welchem bisher die theoretische Entwicklung und die praktische Agitation gleich große Fortschritte gemacht haben, dessen sozialistische Partei ebenso sehr durch ihre prinzipielle Durchbildung, wie durch ihre praktisch-politische, kluge taktische Haltung das Muster der sozialistischen Bewegung geworden, — daß die Hoffnungen der wahrhaft einsichtigen Sozialisten aller Länder vor Allem auf die deutsche Sozialdemokratie, die sich namentlich in den letzten anderthalb Jahren voll größter Klippen, Gefahren und Schwierigkeiten so trefflich und wahrhaft politisch gezeigt hat, gerichtet sind, brauche ich nicht erst besonders zu betonen. Mögen die deutschen Genossen der ganzen Verantwortung, welche ihnen aus diesen Erwartungen und diesem Vertrauen, aus ihrer hervorragenden Stellung in der Arbeiterbewegung erwächst, stets eingedenk sein!

Quittung.

Für den Unterstützungsfonds sind eingegangen:

Vom 11. September bis 23. Oktober: Spz. 110; G., Umbach 15; C. H., Brien, 10,50; P. S., Hanau, 14,41; Reudniß 15; Elst 100; L., Köln, 30; J. Fischer, Deutscher Arb.-Bild.-Ver., Bern, 62,90; Hof 1. 20; Spz. 100; Jena 100; Spz. 2,10; Spz. 6; Würten 3; Spz. 65; Spz. 30; Vom 24. Oktober bis 12. November: Parteigen., Philadelohia, 103,10; Spz. 3; G., Hamburg, 150; L., Köln, 100; K. L., Bfgh., 20; C. S., Königberg, 20; W., Bfgh., 6; K. D., Halberstadt, 3; Dr. W., G., 50; G. H., ... 50; S., Stuttgart, 26,50; Sch., Rthn., 40; W., Drzg., 50; Fr. K., B., ... 20; Spz. 1; G. R., Danau, 25; D. St., Grdg., 10; G., Cöln, 30; K., Ehrenfeld, 3; Dr. C. W., Jr., 10; L., Umbg., 5; G., Paderborn, 2; G., Gotha, 10,96; W., Erlangen, 20; Wödrer 5,20; Spz. 3,10; K. C., Weimar, 9; G., Erd., 5; G. S., Bfgh., 1; „Der Arbeiter eine Gasse“, Wittwe, 20; J. G., Hanau, 14,30; G., Edemniß, 2; C., Augsburg, 21; J. W., Rgl., 3; C. W., Mainz, 20; J. G., Penzlin 5; Vom 13. bis 16. November: Cert., 3,20; Wldt., Schürzw., 3,30; Cöln, 50; Breslau, 30; Coblenz, 7; „Rehme“, Leipzig, 13; schon früher eingegangen und nachträglich abgeliefert: Koenigsberg, 6; Forst 1/2, 10; Weiden, 8,05; Hamm, 5,05; Froburg, 5,20; Eblingen, 7; — alles überbringe in Reichsmark!

Beim „Sozialdemokrat“, — vom 1. bis 13. November: Rt. 1; K. U. 1; Spenglerfabriker, Zürich 4; einig. Mitglieder der Internationalen, Zürich, in der Kasse gef., 3,05; Schlofferfabriker Zürich 10 — Frankf. a. M.